

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität vom 15.03.2023

Öffentlicher Teil

TOP .. **Vorschlag der SPD-Fraktion** Hier: Verkehrsplanung / Brückensanierung
0206/2023
Entscheidung
geändert beschlossen

Herr König führt zum Sachantrag aus, dass es seiner Fraktion wichtig sei, dass die zentralen Brücken rechtzeitig saniert würden, bevor es zu Sperrungen oder weiteren Verkehrseinschränkungen käme. Zunächst müsse die Verkehrsführung unterhalb der Eckeseyer Brücke und das weitere Vorgehen im Bereich der „Ebene 2“ und des ehemaligen Arbeitsamtes geklärt werden. Es könne mit einer Verkehrsplanung nicht abgewartet werden, bis das neue ÖPNV-System feststehe, sondern es müsse parallel gearbeitet werden.

Es müsse verhindert werden, dass der Hagener Hauptbahnhof zum Kopfbahnhof werde.

Frau Kingreen fragt, ob die für das Jahr 2023 angestrebte Besetzung der genannten zusätzlichen Stelle schon erfolgt sei.

Frau Funke teilt mit, dass die Stelle demnächst ausgeschrieben werden soll. Sie stellt klar, dass seitens der Verwaltung das Gutachten zum Ausbau des lokalen ÖPNV nur mit der Fuhrparkbrücke in Zusammenhang gebracht worden sei. Hinsichtlich der Eckeseyer Brücke / Ebene 2 würden noch Grundlagenuntersuchungen fehlen.

Eine Abarbeitung, wie sie im Sachantrag vorgeschlagen sei, könne so nicht erfolgen, da im laufenden Haushaltsjahr keine Gelder für Studien und Untersuchungen zur Verfügung stünden. Es sei auch eine externe Vergabe erforderlich, die personell nicht bis zur Sommerpause leistbar sei. Die Vergabestelle müsse bereits die in Vorlage 0222/2023 erwähnte EU-Vergabe umsetzen.

Der Verwaltung sei die Wichtigkeit der Angelegenheit bewusst.

Herr König weist darauf hin, dass bereits im Sommer 2017 im Stadtentwicklungsausschuss ein Vorschlag zur Verkehrsführung vorgestellt worden sei. Es habe Einigkeit darüber bestanden, dass das Thema weiter bearbeitet werden soll, man sei bis heute aber nicht weitergekommen. Seine Fraktion wolle nun konkrete Zeitpläne haben. Sofern eine Beauftragung der Gutachten bis zur Sommerpause nicht möglich sei, solle die Verwaltung zur nächsten Sitzung darstellen, was sie für realistisch halte.

Das Ankündigungsverhalten der Eckeseyer Brücke könnte im schlimmsten Fall zur Sperrung führen.

Herr Sporbeck stimmt den Ausführungen von Herrn König zu. Ein Ausfall der Eckeseyer Brücke würde dazu führen, dass der Hauptbahnhof per Bahn nur aus Richtung Rheinland angefahren werden könnte. Seine Fraktion unterstütze daher den Sachantrag.

Herr Voigt teilt ebenfalls mit, dass der Antrag der SPD unterstützt werde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Stellungnahme vom 09.03.2023 genannten weiteren Gutachten, Verkehrsuntersuchungen etc. kurzfristig durch Dritte vornehmen zu lassen. Die erforderlichen Ausschreibungen und Beauftragungen sind bis zur Sommerpause 2023 durch die Verwaltung abschließend vorzunehmen.

Die Schaffung einer zusätzlichen Planerstelle zur Koordinierung der Fachplaner wird ausdrücklich begrüßt.

Die Bürgerschaft wird im Rahmen von Beteiligungsprozessen bei wesentlichen Verfahrensständen eingebunden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	3		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Anlage 1 0206-2023_Sachantrag_SPD



G R E M I U M :	Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität
S I T Z U N G A M :	15. März 2023
T O P :	I. 4.1.
V O R L A G E :	0206/2023
BERATUNGSGEGENSTAND :	Verkehrsplanung/Brückensanierung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Stellungnahme vom 09.03.2023 genannten weiteren Gutachten, Verkehrsuntersuchungen etc. kurzfristig durch Dritte vornehmen zu lassen. Die erforderlichen Ausschreibungen und Beauftragungen sind bis zur Sommerpause 2023 durch die Verwaltung abschließend vorzunehmen.

Die Schaffung einer zusätzlichen Planerstelle zur Koordinierung der Fachplaner wird ausdrücklich begrüßt.

Die Bürgerschaft wird im Rahmen von Beteiligungsprozessen bei wesentlichen Verfahrensständen eingebunden.

Begründung:

Die prognostizierte Lebenserwartung der Fuhrparkbrücke, der Eckeseyer Brücke und der Badstraßenbrücke aber auch die bereits erfolgte Sperrung der Arbeitsamtsrampe zur Ebene 2 der Altenhagener Brücke erfordern grundsätzliche konzeptionelle Überlegungen für die Hagener Verkehrsplanung aber auch das Erstellen von komplexen Sanierungs- und Umsetzungsstrategien im Rahmen der Brückensanierungen.

Angesichts der zentralen Bedeutung für die durch die Sanierung der Fuhrparkbrücke aber auch der Eckeseyer Brücke betroffenen wichtigen schienengebundenen und straßengebundenen Erschließungstrassen für die Individual- aber auch für die Wirtschaftsverkehre sowie den mit den Projekten verbundenen langwierigen Abstimmungsprozessen mit der Deutschen Bahn besteht aus Sicht der SPD-Fraktion

die Notwendigkeit, noch in dieser Legislaturperiode die erforderlichen Gutachten erstellen zu lassen und die notwendigen Grundsatzbeschlüsse in den kommunalpolitischen Gremien zu treffen. Hierzu sind die in der Stellungnahme der Verwaltung vom 9.3.2023 genannten Gutachten noch vor der Sommerpause 2023 zu beauftragen.

Dafür sind nicht nur die **Sanierungsplanungen** für die Brücken voranzutreiben sondern auch eine geordneten **Umsetzungs- und Sanierungsstrategie** zu entwickeln, die neben den möglicherweise temporär notwendigen Umfahrungen und den damit verbundenen Auswirkungen während der Sanierungsphase auch eine zukünftige ggf. auch **veränderte Verkehrskonzeption für die Hagener Innenstadt** berücksichtigen muß. Ziel muss es sein, zu einer geordneten und ganzheitlichen Umsetzungsstrategie zu kommen.

Dabei sind die strategischen Ziele der durch den Rat der Stadt Hagen beschlossen Mobilitätswende ebenso einzubeziehen wie die Transformation städtebaulicher Missstände der Vergangenheit wie z.B. der Ebene 2 der Altenhagener Brücke. Durch diese übergeordneten Planungen werden im Übrigen auch notwendigen Rahmenbedingungen für den angestrebten Insek-Prozeß in der Hagener Innenstadt und den Bahnhofsgebiet sowie für die Erschließung der Westseite geschaffen, die auch aus dieser Perspektive eine zeitnahe Beauftragung notwendiger Gutachten erforderlich machen.

Aufgrund der Komplexität der Aufgabenstellung und dem erhöhten Koordinierungsaufwandes hält die SPD-Fraktion die von der Verwaltung geplanten Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Bereich der Verkehrsplanung für richtig und geboten. Neben der Begleitung der externen Gutachter sieht die Fraktion auch eine permanente fächerübergreifende Abstimmung für erforderlich, um Reibungsverluste durch verwaltungsinterner Zuständigkeitsthemen zu vermeiden. 2

Eine frühzeitige und **kontinuierliche Information und Beteiligung der Bevölkerung** muss diesen Prozess begleiten, um die Akzeptanz für einen langwierigen und nicht konfliktfreien Stadtumbauprozess zu schaffen. Ebenfalls frühzeitig einzubinden sind die zuständigen übergeordneten Behörden sowie die Hagener Landtags- und Bundestagsabgeordneten.